



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/111/146 - 1. Juli 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0386890

| | |
|-------------------------------------------------|------|
| Zur Eröffnung des CDU-Wahlkampfes | S. 1 |
| Arbeiterstudienreisen und Arbeiteraustausch | S. 3 |
| Die Christen in den Parteien der Bundesrepublik | S. 5 |
| Die Rolle der verbotenen KP im Wahlkampf | S. 8 |

Dortmund bestätigt Kanzlerdemokratie

sp - Die Geräuschkulisse der 20 000 Mitglieder der "Jungen Union", die am Sonntag zur grossen Huldigung des Bundeskanzlers und zur Bestätigung der zentralen Bedeutung dieses Mannes für die CDU aus dem Bundesgebiet in Dortmund zusammengezogen wurden, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass die Christlichen Demokraten sich in achtjähriger Regierungsverantwortung politisch verzehrt haben, steril geworden sind und zur Bewältigung neuer innenpolitischer Aufgaben ebensowenig mehr fähig sind wie zur Anpassung ihrer verfallenen Aussenpolitik an die neue weltpolitische Situation. Ihre Politik war stets eine von anderen Kräften erzwungene und verspätete Anpassung an die Erfordernisse der Zeit. Demgemäss enthält auch das Programm, vorgetragen von dem Parteivorsitzenden Dr. Adenauer und den immer sichtbarer zur "Kronprinzen" avancierten Karl Arnold, nichts ausser unverbindlichen Versprechungen an verschiedene Interessentengruppen, die durch eine zugegebene einseitige Förderung der Schwerindustrie in den letzten acht Jahren zu kurz gekommen sind. Auf welchen Wege die bisher benachteiligten Millionen Arbeitnehmer zu Eigentum und Wohlstand kommen sollen, davon war in Dortmund so wenig zu hören, dass fast der Verdacht entstehen konnte, an sie sei in Grunde auch gar nicht gedacht. Nicht einmal die Volkswagen-Kleinaktie, noch im Mai von Erhard lautstark angekündigt, wurde mehr erwähnt. Die Herren auf dem Podium in Dortmund repräsentierten die Schicht der Sättigten, sie um die

1. Juli 1957

Sicherung ihrer Gewinne besorgt sind. Mehrfach klang die Befürchtung durch, die Politik der "Ausschaltung" der Union in Düsseldorf und München könne nach dem Willen der Wähler am 15. September auch in Bonn praktiziert werden.

Man möchte es den beklemmenden Gefühlen zuschreiben, die die Führer der CDU angesichts des herannahenden Wahltermins beseelen, dass sie den Beelzebub an die Wand malen für den Fall, dass eine andere politische Konstellation die gegenwärtige Einparteienherrschaft in Bonn ablöst. Wieder spricht Adenauer von dem "entsetzlichen Ernst der ganzen Lage" und versucht von neuem, die Öffentlichkeit dahingehend irre zu führen, dass im Falle einer Niederlage der CDU die Bundesrepublik dem russischen Kommunismus ausgeliefert sein würde.

Diese trübe Erkenntnis zog der Bundeskanzler aus einer Anzahl falscher Fakten, die er zuvor dem entrüsteten Publikum als angebliche Politik seiner politischen Gegner vorgetragen hatte. So ist die Behauptung, die Sozialdemokratie verfolge seit Jahr und Tag eine "Politik der Neutralisierung Deutschlands" einfach unwahr. Es gibt keinen Kongress der SPD, der sich jemals zur Neutralisierung Deutschlands bekannt hätte. Das hat Dr. Adenauer anlässlich einer ausserpolitischen Debatte ausdrücklich bestätigt. Umso bedauerlicher ist es, wenn er aus offensichtlich propagandistischen Gründen nunmehr wieder darauf zurück kommt.

Es ist auch keineswegs so, dass eine Abschaffung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik "vernichtende Folgen für die NATO in den anderen NATO-Ländern einschliesslich der Vereinigten Staaten" bringen würde. Jedenfalls ist die Existenz der NATO weder anlässlich der Diskussion über eine Abschaffung der Wehrpflicht in den USA noch durch die bereits angekündigten Entscheidungen in England und Belgien über die Aufhebung der Wehrpflicht jemals in Frage gestellt worden. Weshalb ausgerechnet die Politik der SPD die "Zerstörung der NATO" zur Folge haben soll, bleibt einfach unerfindlich.

Man hätte meinen sollen, dass Dr. Adenauer auch wissen müsse, dass die Sozialdemokraten niemals den einseitigen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO gefordert haben. Stets war nur davon die Rede, dass sowohl die Bundesrepublik als auch die Sowjetzone im Falle der Wiedervereinigung aus ihren beiderseitigen Paktsystemen entlassen und

einem europäischen kollektiven Sicherheitssystem unter Garantie der USA und Sowjetrusslands angehören sollte. Die Existenz der NATO wäre damit ebensowenig gefährdet, wie durch die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung auf Verzicht der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen und auf Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Es bleibt Dr. Adenauer überlassen, zu kombinieren, die Erfüllung dieser Forderungen könnten die Londoner Abrüstungsverhandlungen ungünstig beeinflussen.

Umso überraschender ist andererseits die Wendung, die die Bonner Aussenpolitik inzwischen genommen hat. Lagen bisher die widerspruchsvollsten Äusserungen offizieller Bonner Sprecher zu den amerikanischen Vorschlägen für eine europäische Inspektionszone vor und verwies man auf die günstigeren Möglichkeiten für die Errichtung einer solchen Zone in der Arktis, so wird nunmehr dies als "einfach nicht wahr" bestritten. Offenbar weil nach der jetzt vorliegenden Zustimmung Frankreichs eine Isolierung der Bundesrepublik zu befürchten gewesen wäre, falls die negative Haltung fortgesetzt würde.

Wer sich aus der Dortmunder Wahlkampföffnung der Christlichen Demokraten Aufschlüsse über das Programm einer dritten Regierung Adenauer versprach, musste enttäuscht heimkehren. Das gab es nicht. Man macht weiter wie bisher, lässt sich drängen und treiben und überlässt es dem einzelnen Staatsbürger, mit seinem Schicksal fertig zu werden. Eine soziale Sicherung ist über den bereits bestehenden Rahmen hinaus nicht vorgesehen.

Auch auf die Wiedervereinigung wird man im Falle eines Wahlsieges der Christlichen Demokraten weiterhin warten können, bis die Russen sich eines Tages von selbst zur Freigabe ihrer Zone entschliessen. Man behauptete in Dortmund zuversichtlich, es sähe in der Wiedervereinigungsfrage besser aus als vor einigen Jahren, unterliesse es aber, zu erklären, wo durch die Politik der Bundesregierung bessere Verhandlungsmöglichkeiten über dieses entscheidende nationale Anliegen unseres Volkes geschaffen worden sind.

Eines ist aber nunmehr sicher, nachdem die Spitzenredner der CDU den Wahlkampf offiziell eröffnet haben: Das Niveau der Auseinandersetzung wird zum Leidwesen aller Demokraten auch diesmal nicht höher sein als 1953. Die Reden von Adenauer und Arnold haben bewiesen, dass mangels sachlicher politischer Argumente wieder mit Untstellungen und Verdächtigungen gearbeitet werden wird.

In Dienste der Völkerverständigung

Von unserem P.H.-Mitarbeiter

Zwei internationale Zweigorgane der Vereinten Nationen schliessen in ihren Aufgabenkreis ein, Arbeiter-Studienreisen in andere Länder zu ermöglichen und durch Austausch von Arbeitern eine praktische Kenntnis der Verhältnisse im selben Berufszweig eines fremden Landes zu vermitteln. Es sind die UNESCO und die JAO, die "Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur" und die Genfer "Internationale Arbeitsorganisation". Die UNESCO vermittelte seit Beginn ihrer Tätigkeit auf diesem Gebiet insgesamt 5 500 Arbeitern der verschiedensten Länder, die aus 45 Berufsgruppen stammten, Auslandsaufenthalt. Für 1957 haben Auslandsreisen von 900 Arbeitern aus 20 europäischen Ländern begonnen.

Die JAO verfolgt seit dem Jahre 1950 ein Austauschprogramm, das Arbeitnehmern Ausbildungsgelegenheiten im Auslande bietet. Allein im vergangenen Jahr wurde es fast 300 Facharbeitern, Vorarbeitern und Technikern aus sechs Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ermöglicht, in mehr als 200 Betrieben europäischer Länder ein halbes oder ein Jahr zu arbeiten, um ihre Ausbildung zu vervollständigen. Daneben veranstaltete die JAO Arbeiter-Studienreisen, sei es nach ihrem eigenen Sitz zur direkten Kenntnisnahme ihrer Einrichtungen und Aufgaben, sei es zu Industriezentren oder dem Sitz internationaler für Wirtschaft und Arbeiterschaft wichtiger Institutionen wie der Montanunion in Luxemburg oder den internationalen Gewerkschaftszentren in Brüssel.

Die Arbeiterstudienreisen der UNESCO sind Gruppenreisen; so sind im Programm 1957 fünf deutsche Gruppen vorgesehen. Deutsche Konsumangestellte z.B. werden in England die dortigen Konsumgewerkschaften kennenlernen, eine Gruppe deutscher Hotelangestellten wird Einsicht in das holländische Gastwirtsgewerbe nehmen, deutsche Schlachthausarbeiter besuchen Kopenhagen und die dänischen Exportschlachthäuser in Jütland. Nach Deutschland wiederum kommen Arbeiter- und Angestelltingruppen aus Dänemark, Finnland, Italien, Schweden und der Schweiz. Die Reisen werden - ebenso wie die Ausbildungsaufenthalte der JAO im Ausland - in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gewerkschaften bzw. deren Berufsinternationaler geplant und durchgeführt. Als beratendes Mitglied der UNESCO kann die Gewerkschaftsinternationale, der der DGB angehört, der Brüsseler IBFG, einen fördernden Einfluss auf dieses Reiseprogramm aus-

üben.

Die Wünsche und Hoffnungen, die Gewerkschaften und Arbeiterbewegung auf diese Reise- und Auslandsausbildungsprogramme setzen, sind bisher nur zu einem gewissen Teil erfüllt worden. Die Frage der Finanzierung macht Sorgen. Grundsatz ist, dass diese Reisen auch dem minderbemittelten Arbeiter offen stehen, d.h. von der UNESCO oder der JAO finanziert werden. Um die beschränkten Mittel einer möglichst grossen Anzahl von Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen, bemühen sich UNESCO und JAO, für die Reisegruppen Einladungen der entsprechenden Berufszweige oder Gewerkschaften im Ausland zu erhalten, die dann Unterkunft und Verpflegung übernehmen. Schwieriger wird die Frage bei längerem Auslandsstudium durch den Lohnausfall. Er kann durch ein Stipendium gedeckt werden, doch leider sind die Gesichtspunkte, nach denen solche Stipendien verteilt werden, nicht immer einwandfrei. Es ist sowohl der UNESCO wie der JAO kaum möglich, zu kontrollieren, ob für ein Land ausgeworfene Stipendien von den Instanzen oder Organisationen jenes Landes nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten verteilt werden. Es stellt sich die weitere Frage, wo die Grenzen für den Begriff "Arbeiterstudienreisen" zu ziehen sind.

Auf der ersten asiatischen Regionalkonferenz der Landesausschüsse der UNESCO, die im März 1956 in Tokio stattfand, forderten japanische Arbeitnehmervvertreter die Ausdehnung des Reiseprogramms auf den Austausch asiatischer und europäischer Gewerkschaftsfunktionäre, andere wiederum längere Gruppenstudienreisen für Lehrer, Ärzte, Sprachstudienreisen usw. Weder der Haushalt der UNESCO noch der der JAO erlaubt solche Programmweiterungen. Dazu kommt, dass nach Ansicht europäischer Persönlichkeiten der Arbeiterbildung und Berufsschulung es weit wichtiger ist, einer viel grösseren Zahl von Arbeitern und Gruppen die Einsichtnahme in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse des Nachbarlandes zu ermöglichen, als kostspielige vereinselte Reisen in exotische Länder zu veranstalten, deren Verhältnisse so anders sind, dass sie auf einer Studienreise weder klar erkannt werden können, noch eine nähere dauernde Zusammenarbeit zu erwarten ist.

* * *

- 5 -

1. Juni 1957

Religion - kein Wahlkampfthema

Von Helene Wessel

Seitdem Bundeskanzler Dr. Adenauer in Bamberg erklärt hat, der Wahlkampf gehe darum, "ob Deutschland und Europa christlich bleiben oder kommunistisch werden", Bischof Dr. Keller die Erklärung abgegeben hat, "kein Katholik kann die SPD wählen", die Diözesanstelle für Männerfürsorge und Männerarbeit in Münster die Pfarrer und Pfarrektoren aufforderte, in ihren Pfarrgemeinden Versammlungen durchzuführen, in denen die Katholiken zur Wahl der CDU aufgefordert werden, wenden sich die Katholiken, die nicht der CDU angehören, aber auch evangelische Kreise gegen diese Erklärungen. So mahnt der Bruderrat der evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg in einem Wort zur Bundestagswahl davor, dass eine Partei die von ihr vertretene Politik als die allein christliche oder soziale ausbebe, und fordert die Gemeindemitglieder auf, sich dagegen zu wehren, dass auf diese Weise politische Gegner verdächtigt und damit "abgeschlossen" werden sollen.

Die Parteien mit Ausnahme der CDU/CSU, zu deren Gunsten der Bundestagswahlkampf mit besonderem Schwerpunkt auf konfessionellem Gebiet geführt wird, wenden sich ebenfalls mit grosser Schärfe gegen die oben genannten Erklärungen katholischer Kreise. Sie wenden sich dagegen, weil solche Erklärungen nichts mit dem religiösen Gewissen zu tun hätten, sondern triviale Wahlmake unter Missbrauch der Religion seien.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, erklärte auf dem Wahlkongress der Partei in Dortmund am 16. Juni: "Wir haben viele gläubige Christen beider Konfessionen in unserer Partei als Mitglieder, Anhänger oder Wähler. Aber wir werden uns nie anmassen, uns deshalb als eine christliche Partei zu bezeichnen, weil keine politische Partei ein Recht hat, einen solchen Anspruch zu erheben."

Auch der Vorsitzende der Deutschen Partei, die zusammen mit der CDU in der Regierung ist, Ministerpräsident Hellwege, erklärte in ähnlicher Weise wie Erich Ollenhauer: "Ich appelliere an alle Kirchen und kirchlichen Organisationen, religiöse Bindungen nicht mit Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zu verquicken. Religion ist kein Wahlkampfthema. Hüten wir uns davor, dass wir das Wort "christlich" entwürdigen. Bei der kommenden Wahl geht es allein um eine politische

Entscheidung, um eine Auseinandersetzung von Absichten und Interessen. Es geht um Stimmen, nicht um die Beziehung des einzelnen zu Gott". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 6. 1957).

In der Tat, es ist höchste Zeit - was selbst in den Beratungen der 6. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Kassel gesagt wurde -, den Bundestagswahlkampf nicht auf konfessionellem Gebiet, wie er insbesondere durch die Erklärungen von Bischof Keller und der katholischen "Aktion 57" eingeleitet wurde, zu führen, sondern mit dem für den Bundestag zuständigen Gebiet der Politik zu bestreiten.

Diese Forderung ist umso berechtigter, weil auch bei uns in der Bundesrepublik, wie in allen anderen Ländern, es so ist, dass sich die Christen, - auch die Katholiken, - auf die verschiedenen Parteien verteilen. Der Monopolanspruch der CDU als die "christliche Partei" oder als die Partei der Christen entspricht nicht den Tatsachen. Die Proteste aller übrigen Parteien gegen diesen Machtanspruch der CDU werden durch die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in der Bundesrepublik erhärtet.

Nach der letzten Volkszählung vom 13. 9. 1950 betrug die Bevölkerung in der Bundesrepublik einschliesslich Westberlin 49.842.624.

Davon bezeichneten sich als Angehörige

der evangelischen Kirche und der
freikirchlichen evangelischen
Gemeinden

26.005.088 = 52,3 %

der römisch katholischen Kirche

21.816.766 = 43,7 %

zusammen

96,0 %

der jüdischen Religion

21.974 = 0,1 %

anderer Volks- und Weltreligionen,
Freireligiöse und Freidenker

1.854.077 = 3,6 %

ohne Angabe der Religionszuge-
hörigkeit

144.719 = 0,3 %

zusammen

100,0 % (*)

Nach den Wahlergebnissen zum 2. Bundestag am 6. 9. 1953 hatten

(*) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik
Deutschland 1956. Herausgeber: Statistisches
Bundesamt, Wiesbaden.

die Parteien Wähler:

| | | | |
|-------------------|------------|---|--------|
| CDU/CSU | 12.444.000 | = | 45,2 % |
| SPD | 7.944.900 | = | 28,8 % |
| FDP | 2.699.200 | = | 9,5 % |
| BHE | 1.617.000 | = | 5,9 % |
| DP | 898.100 | = | 3,3 % |
| Bayern-Partei | 465.600 | = | 1,7 % |
| GVP | 318.500 | = | 1,2 % |
| DRP | 295.700 | = | 1,1 % |
| Zentrumspartei | 217.100 | = | 0,8 % |
| Sonstige Parteien | 115.300 | = | 0,3 % |
| KPD | 607.900 | = | 2,2 % |

Diese amtlichen Zahlen der Wahlergebnisse zeigen in Gegenüberstellung der Religionszugehörigkeit der Wähler, dass die Katholiken ebenso wie die Evangelischen politisch über alle Parteien verteilt sind. Insbesondere wird damit die immer wieder erhobene Behauptung widerlegt, dass die SPD den grössten Teil ihrer Wähler aus den Kreisen der Freidenker und Atheisten habe. Nach den oben angeführten amtlichen Statistik^{en} bezeichnen sich nur 3,6 % der deutschen Bevölkerung als Angehörige anderer Volks- und Weltreligionen, als Freireligiöse und Freidenker, und 0,3 % haben ihre Religionszugehörigkeit nicht angegeben. Würde man alle 3,9 % Nichtangehörige der evangelischen und katholischen Kirche der SPD zurechnen - was aber nicht stimmt, denn diese verteilen sich auch auf andere Parteien - so hat die SPD trotzdem bei einer Stimmzahl von rund 7.944.000 unter Abzug dieser Wähler 6 Millionen Stimmen, d.h. über 75 Prozent von solchen Wählern, die sich selbst bei der letzten Volkszählung als Angehörige der evangelischen und katholischen Kirche bezeichnet haben. Damit hat Erich Ollenhauer mit voller Berechtigung in Dortmund erklären können, dass Millionen Christen beider Konfessionen als Mitglieder oder Wähler bei der SPD sind.

Wir wissen, dass nicht alle, die sich als Christen bezeichnen, aktiv im Raum ihrer Kirche stehen, aber wer darf es sich anmassen zu sagen, dass die aktiven Christen nur in der CDU ihre politische Heimat hätten?

Kardinal Feltin von Paris hat bei einer Pax-Christi-Feierstunde kürzlich einige Sätze gesagt, die geradezu in unseren Wahlkampf hineingesprochen sein könnten: "Es gibt Menschen, die für uns ideologisch Fremde sind, aber niemand hat das Recht einen anderen als Fremder oder gar als Feind zu behandeln, weil dieser seine Ideen nicht teilt. Kein Christ hat ein Recht, intransigent^{er} als das Lebramt der Kirche selbst aufzutreten und jene unter seinen Brüdern unerbittlich zu exkommunizieren, die seine Ansichten nicht teilen. Wenn man selbst einer politischen Partei angehört oder eine bestimmte Zeitung liest, neigt man allzu sehr dazu, alle anderen, die diese Zeitung nicht lesen oder nicht für diese Partei stimmen, nicht etwa nur als Gegner zu betrachten, sondern als Übeltäter oder Häretiker, die man denunzieren oder zur Vernunft bringen müsse. Diese Haltung können wir nicht billigen". Was für die Katholiken in Frankreich richtig ist, muss auch für uns Katholiken in der Bundesrepublik richtig sein. + + + - 3 -

Kümmertliche Selbstrechtfertigung

sp. - Vielen, und gerade den Überzeugtesten Gegnern der Kommunisten- und das ist jeder Sozialdemokrat - kamen von ersten Tage an Zweifel über die Weisheit des seinerzeitigen vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbotes der KP in der Bundesrepublik. Den Kommunisten kam das Verbot gerade recht; es verdeckte ihre hoffnungslose organisatorische Schwäche in der Deutschen Arbeiterschaft und versetzte sie in die Lage, in den Untergrund zu gehen. Schon lange vor dem Verbot waren die deutschen Kommunisten zu einem Sektiererdasein verurteilt, verloren sie Stück für Stück von ihrer ohnehin recht spärlichen Position. Die Verachtung der deutschen Arbeiterschaft bekamen sie in jeder Wahl zu spüren, sank doch diese Partei sogar bei den Bundestagswahlen unter die Fünf-Prozentklausel. Der Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie - nach einem geflügelten Wort aus den ersten dreissiger Jahren - verlor sich zu einem kaum merkbaren Splitterchen, der niemandem mehr weh zu tun vermag.

Max Reimann als Vorsitzender der verbotenen KP, Führer eines verlorenen Häufleins, muss vor Zeit zu Zeit seinen Auftraggebern Rechenschaft über sein Tun und seine "Erfolge" ablegen, um nicht völlig von der politischen Bildfläche zu verschwinden. In dem neuesten "Rechenschaftsbericht" an das Zentralkomitee heisst es denn, die KP habe in zahlreichen sozialen und politischen Auseinandersetzungen eingegriffen, wobei als Beweis dafür der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein herhalten muss. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter, unter deren unsichtiger und verantwortungsvoller Führung die bedeutendste sozialpolitische Auseinandersetzung der Nachkriegszeit ablief, wird sich gegen eine solche unverschämte Anmassung selbst zu wehren wissen. Reimann rühmt sich auch des Kampfes gegen die allgemeine Wehrpflicht. Am gleichen Tage, an dem der "Rechenschaftsbericht" erschien, wies der SED-Gewaltige Ulbricht die KP-Leute an, "auf SED-Wahlversammlungen ein Programm zu vertreten, das sich in mancher Hinsicht von den Wahlprogrammen der SPD und anderen Parteien unterscheidet". Offensichtlicher Zweck beider Verlautbarungen von Reimann und Ulbricht ist es, den zur Verwirrung bestimmten Eindruck zu erwecken, als ob die Kommunisten die SPD unterstützen, und nur in gewissen Fällen von ihr abweichen.

Was KP und SED am meisten zu befürchten haben ist eine Stärkung der Sozialdemokratie bei den Bundestagswahlen. Eine erfolgreiche, auf Freiheit Demokratie und Fortschritt fussende Politik der deutschen Sozialdemokratie macht, auf längere Sicht gesehen, sowohl Herrn Reimann als auch Herrn Ulbricht überflüssig. Deshalb ihr Bemühen, durch offene und versteckte Anbiederungsversuche Zweifel und Verwirrung über die Sozialdemokratie auszustreuen. Beide begegnen sich hier auf halbem Wege mit dem Bundeskanzler, dem eine starke SPD ebenso unwillkommen wie den Drahtziehern in Pankow ist. Für Blätter vom Schlage des "Rheinischen Merkur" sind Reimann und Ulbricht unbezahlbar; womit sonst könnten sie ihre Geiferspritzen füllen, wenn ihnen beide Männer nicht Schützenhilfe leisteten?

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler